

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Staatsministerin Kerstin Schreyer

Abg. Johannes Becher

Abg. Sylvia Stierstorfer

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Jan Schiffers

Abg. Doris Rauscher

Abg. Julika Sandt

Abg. Raimund Swoboda

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Einführung eines bayerischen Krippengeldes (Drs. 18/3888)

- Erste Lesung -

Staatsministerin Kerstin Schreyer (Familie, Arbeit und Soziales): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit unserem bayerischen Krippengeld haben wir eine gute Nachricht für die Eltern. Denn wir werden die Kostenfreiheit ausweiten. Wir schreiten bei der Kostenfreiheit der Kinderbetreuung voran. Als Familienkoalition wollen wir beides: Wir geben auf der einen Seite Geld in die Qualität und auf der anderen Seite Geld in die Beitragsentlastung; insofern gehen beide Komponenten Hand in Hand. Es ist klug, beides zu tun.

Zum 01.01.2020 führen wir das Krippengeld ein. Im Kindergarten werden die Eltern bereits durchgängig entlastet. Mit dem Krippengeld wollen wir noch früher ansetzen. Unser Ziel ist es, vor allem die Familien im unteren und mittleren Einkommensbereich zu unterstützen, die Beiträge durchaus als finanziell schwierig empfinden und für die Beiträge manchmal eine Hürde sind, die dazu führt, dass sie keine Kinderkrippe oder Kindertagespflege nutzen.

Wir haben eine Einkommensgrenze von 60.000 Euro festgelegt, bis zu der man ein Krippengeld bekommt. Wenn man mehrere Kinder hat, steigt diese Einkommensgrenze pro weiterem Kind um 5.000 Euro an. Wir unterstützen die Familien mit bis zu 100 Euro pro Kind. Das heißt, für jedes Kind gibt es ab dem 1. Geburtstag bis zum 31. August des Jahres, in dem es das dritte Lebensjahr vollendet, bis zu 100 Euro. Das ist also ein nahtloser Übergang in den Kindergarten, in dem die Beitragsfreiheit auch gesichert ist.

Es werden nur Beiträge angerechnet, die tatsächlich anfallen. Das heißt, man muss nachweisen, ob man 100 Euro für Tagesmutter oder Krippe benötigt. Wir haben für die

Anrechnungsfreiheit auf die existenzsichernden Leistungen gesorgt und vom Bund bereits die Bestätigung bekommen, dass unser Gesetz wasserdicht ist und diese Leistungen nicht angerechnet werden.

Wenn wir hier einen entsprechenden Beschluss fassen, wird das Krippengeld zum 1. Januar 2020 kommen. Wir haben alles vorbereitet, um das Krippengeld mit dem Zentrum Bayern Familie und Soziales auf einen guten Weg bringen. Das ZBFS organisiert schon alle Formalitäten, damit wir die Anträge auch zügig abarbeiten können.

Unser Gesetzentwurf besteht aus zwei Teilen. Der eine Teil ist das Krippengeld. Bei dem anderen Teil geht es um die Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze, um die Verteilung des Geldes, das der Bund uns für die Kommunen für die anfallenden flüchtlingsbedingten Kosten für Unterkunft und Heizung gibt. Da sich die bundesrechtlichen Regelungen verändert haben, müssen wir die Landesregelung ebenfalls entsprechend verlängern, sodass die Bundesbeteiligung an den flüchtlingsbedingten Kosten auch weiterhin an die Landkreise und kreisfreien Gemeinden verteilt werden kann. Das ist der zweite Teil des Gesetzentwurfs, den wir heute einbringen. Die Landkreise und die kreisfreien Gemeinden erwarten zu Recht, dass der Freistaat diese Regelung trifft, damit das Geld fließen kann. – Ich bitte um Zustimmung und danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Frau Staatsministerin. – Ich eröffne damit die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Die Verteilung ist: CSU neun Minuten, GRÜNE sechs Minuten, FREIE WÄHLER fünf Minuten, AfD vier Minuten, SPD vier Minuten und FDP vier Minuten. Die Staatsregierung hat insgesamt neun Minuten, die fraktionslosen Abgeordneten Swoboda und Plenk können jeweils zwei Minuten sprechen. – Ich

erteile hiermit Herrn Kollegen Johannes Becher, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, das Wort.

Johannes Becher (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach Familiengeld und nach Beitragszuschüssen im Kindergartenbereich kommt nun also auch noch das bayerische Krippengeld. Es macht im Jahr 2020 laut Haushalt 105 Millionen Euro aus, und das haben wir ab dann als jährliche Ausgabe.

Frau Staatsministerin Schreyer spricht in Grußworten gern von einer Politik, die vom Kind her denkt. Das gefällt mir eigentlich gut. Denken wir also vom ganz kleinen Kind in der Krippe her. Was brauchen diese Kinder? – Ich glaube, in diesem Alter sind in einer Krippe die Wärme, die Empathie und vor allem die Zeit für ein Kind von ganz entscheidender Bedeutung. Derzeit ist der Gewichtungsfaktor für Kinder unter drei Jahren bei 2,0 oder anders ausgedrückt: eine Fachkraft kommt auf fünf Kleinstkinder. Das ist übrigens auch nicht anders, wenn die Kinder noch Säuglinge sind: eine Fachkraft für fünf Säuglinge. Wir hatten einen besseren Personalschlüssel beantragt. Sie haben das abgelehnt. Wer nun gehofft hatte, dass mit dem bayerischen Krippengeld hier etwas verbessert wird, der wird enttäuscht.

Wichtig ist natürlich, dass die Fachkraft überhaupt einmal vorhanden ist. Wir haben einen erheblichen Fachkräftemangel, unter anderem, weil wir zu wenig ausbilden. Warum bilden wir zu wenig aus? – Weil man sich die Ausbildung leisten können muss. – Frau Ministerin, da reicht es nicht, eine Influencerin zu suchen, die in Instagram Bilder hochlädt und ein bisschen Werbung für soziale Berufe macht. Stattdessen brauchen wir dringend eine Reform der Ausbildung und eine Ausbildungsvergütung ab dem ersten Tag. Dafür sollte man Geld investieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wer nun gehofft hatte, dass das bayerische Krippengeld einen Beitrag zur Lösung des Fachkräftemangels leistet, der wird enttäuscht. Die Kommunen haben ohnehin zu

wenig Personal, und es wird durch günstige Beiträge auch nicht leichter, den Betreuungsbedarf zu decken.

Wenn also nicht mehr Personal da sein wird, dann könnten Kinder in der Krippe zumindest Personal brauchen, das so weit von nichtpädagogischen Tätigkeiten befreit ist, dass es entspannt und gut arbeiten kann. Personalmangel führt zu Arbeitsverdichtung und Stress, sagt Elke Hahn von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Bayern.

Wer sich hier vom Krippengeld eine Entlastung, egal ob verwaltungstechnisch oder hauswirtschaftlich, erhofft hat, wird enttäuscht. Das bayerische Krippengeld ist einfach der nächste Baustein einer Politik, die nicht vom Kind her, sondern vom Geldbeutel der Eltern her denkt. Auf Antrag werden 100 Euro pro Monat ausgezahlt, zur Stärkung der unteren und mittleren Einkommen. Das klingt erst einmal gut.

Aber ich frage: Profitieren davon auch die untersten Einkommen, also die finanziell schwachen Familien in unserem Land? – Im Gesetz heißt es im Artikel 23a Absatz 2 Satz 2:

Das Krippengeld soll [...] auf existenzsichernde Sozialleistungen zugunsten des Kindes oder der berechtigten Person nicht angerechnet werden.

Das klingt so, als würden wirklich auch die ärmsten Familien einen Anspruch auf dieses Krippengeld haben. In der Begründung des Gesetzes heißt es dann aber: Die Voraussetzung gewährleistet, dass der Zuschuss nur dann gezahlt wird, wenn die Beiträge nicht bereits durch das Jugendamt oder andere öffentliche Stellen übernommen werden. "Das Krippengeld wird demnach nicht gewährt, wenn andere Behörden vergleichbare Leistungen für die Betreuung (z. B. nach SGB II, SGB VIII oder SGB XII) tatsächlich gewähren."

Die ganz armen Familien haben also nichts davon. Damit wird das Ziel Ihres Gesetzes, gezielt Berechtigte im untersten Einkommensbereich zu unterstützen, nicht er-

reicht. Aber die Eltern, die gerade über der wirtschaftlichen Jugendhilfe liegen, profitieren natürlich. Eigentlich fände ich es in Ordnung, gleichzeitig massiv in die Qualität zu investieren, was dringend notwendig wäre und allen Kindern zugutekäme. Aber genau das machen Sie nicht. Sie haben in die Förderarchitektur des Krippengeldes etwas Neues eingebaut, nämlich eine Einkommensobergrenze. Ob diese Grenze wirklich bei 60.000 Euro liegen muss oder ob man hier eine soziale Staffelung vorsieht, sei dahingestellt. Aber den Grundgedanken, dass man den Familien, die über ausreichend Geld verfügen, nicht noch zusätzlich öffentliche Gelder auszahlt, finde ich richtig.

Ich darf diesen Grundgedanken einmal weiterspinnen. Wir haben im Haushalt für den Kindergartenbereich bezüglich der 100-Euro-Zuschüsse Gesamtausgaben in Höhe von 415 Millionen Euro jährlich, und zwar komplett, ohne Einkommensbeschränkung. Würden wir also auch bei den Kindergärten diese Obergrenze einführen, könnten wir auf einen Schlag grob geschätzt sicherlich 100 Millionen Euro an Mitnahmeeffekten einsparen und dieses Geld endlich in Fachkräfte, in Ausbildung, in Entlastung und in Qualität investieren; 100 Millionen Euro jährlich! Denken Sie einmal darüber nach, wie viel Positives man damit erreichen könnte, vor allem für die Kinder. Wir von der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN wollen eine Politik, die vom Kind her denkt – nicht nur im Grußwort, sondern auch im Gesetz und in der Umsetzung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächste Rednerin darf ich Frau Abgeordnete Sylvia Stierstorfer, CSU-Fraktion, aufrufen.

Sylvia Stierstorfer (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Becher, wir setzen um, was wir versprechen. Wir als CSU haben schon in den vergangenen Jahren dafür gesorgt, dass Bayern das Familienland Nummer 1 in Deutschland ist. Unsere Familien – das kann ich sagen, denn auch ich bin viel unterwegs – werden in Bayern auf vielfältigste Weise unterstützt. Damit meine ich auch das Kinderbetreuungsangebot. Wir haben im Freistaat Bayern ein Netz an Ange-

boten und Anlaufstellen aufgebaut, die den Familien unter die Arme greifen. Ich denke zum Beispiel an die Familienberatungsstellen oder an das KoKi-Kindernetzwerk.

Insgesamt stellt dieses Haus für die Familien in 2019 und 2020 7,2 Milliarden Euro bereit. Das ist ein klares Signal für unsere Familien in Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zu einer guten Familienpolitik gehört auch eine finanzielle Entlastung der Familien. Ich möchte betonen: Mit dem bayerischen Familiengeld haben wir, weil wir gleichwertige Lebensbedingungen wollen, in Bayern seit letztem September – gegen Widerstand – für Familien Möglichkeiten geschaffen, die ihr Kind zu Hause erziehen wollen, aber auch für Familien, die ihr Kind in eine Krippe oder in eine entsprechende Einrichtung geben wollen. Diese einmalige Leistung steht für Wahlfreiheit und die Unterstützung der Familien in Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das Familiengeld bedeutet bei voller Bezugsdauer, dass der Freistaat die Familie pro Kind mit bis zu 6.000 bzw. 7.200 Euro unterstützt. Mit der Ausweitung des Beitragszuschusses in Höhe von 100 Euro für alle Kindergartenjahre haben wir in diesem Jahr eine weitere Entlastung auf den Weg gebracht. 2020 wollen wir einen weiteren Baustein umsetzen, nämlich das Krippengeld, um Eltern bei den Betreuungskosten mit dem Krippengeld bereits im Krippenalter ihres Kindes zu unterstützen.

Ich höre auch hier im Hause immer wieder die Klage, dass sich gerade in den Ballungszentren Familien mit kleineren Einkommen das Leben nicht mehr leisten könnten. Wir klagen nicht nur – wir wollen handeln. Wir bringen die Entlastungen für Familien effektiv auf den Weg. Ich finde es daher absolut gerechtfertigt, dass wir in Bayern für die Entlastung der Familien einen Teil der Bundesmittel aus dem Gute-KiTa-Gesetz einsetzen wollen, damit unsere Familien direkt profitieren.

Lassen sie mich eines präzisieren: In Bayern kommen die Familienleistungen vor allem bei den Familien an, die mit einem geringeren Einkommen zurechtkommen müssen. Den Beitragszuschuss haben wir trotz anfänglichen Widerstands eingeführt. Das Krippengeld, das wir jetzt gestalten, ist so gestaffelt, dass neben der Einkommensgrenze zusätzlich vor allem Familien mit mehr Kindern in dessen Genuss kommen.

Lieber Herr Becher – wo sitzt er denn heute? – Da hinten, so weit weg –, genau so wollen wir weiter in die Qualität der Kinderbetreuungsangebote in Bayern investieren. Das ist kein Widerspruch. Als Bundesfamilienministerin Dr. Giffey hier war, hat sie gesagt: Wir wollen beides. Wir wollen einerseits die Familien entlasten, andererseits in die Qualität der Kitas investieren. Wir wollen das eine nicht gegen das andere ausspielen. Das möchte ich hier betonen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Das war für mich ein bedeutender Satz; denn wir investieren in die Qualität. Wir investieren in die Anhebung des Anstellungsschlüssels. Wir investieren im Bereich der Kindergärten. Wir haben zum Beispiel den Basiswert erhöht. Wir haben die Stellung der pädagogischen Qualitätsbegleiter nochmals ausgebaut. Wir investieren aber auch in die Ausbildung.

Das Fünf-Punkte-Programm zur Fachkraftoffensive ist ein weiterer Schwerpunkt. Auch mit dem Bündnis für frühkindliche Bildung wollen wir natürlich für die Zukunft Handlungsansätze auf den Weg bringen. Insgesamt investieren wir in die Familien und in die Qualität der Kindergärten. Wir tun in Bayern also beides: Wir entlasten die Familien direkt und stärken die Qualität der Kinderbetreuung weiterhin. Dieser ausgewogene Ansatz macht Bayern zum Familienland Nummer 1. Diesen Ansatz wollen wir ausbauen. Dafür bitte ich Sie um Ihre Unterstützung.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Abgeordneten rufe ich Herrn Bernhard Pohl, FREIE WÄHLER, auf.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Frau Staatsministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Becher, kennen Sie die Geschichte vom Elefanten und vom Regenwurm? – Möglicherweise nicht. Ein Schüler, der im Colloquium Biologie über den Elefanten geprüft wurde, konnte zum Elefanten nichts sagen und hat ständig über den Regenwurm geredet. So habe ich auch Ihre Rede empfunden; denn über das eigentliche Thema, über das Krippengeld, haben Sie wenig gesagt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Aber ich kann es nachvollziehen, weil Sie, wenn Sie über diese Sozialleistungen etwas hätten sagen wollen oder müssen, die Staatsregierung und die Regierungsfractionen hätten loben müssen. Doch das geht Ihnen nur schwer über die Lippen. Deswegen sind Sie ausgewichen und haben über die Betreuungsqualität, über die Akquise von Kinderbetreuerinnen und entsprechender Kräfte geredet. Deshalb haben Sie darüber geredet, dass wir das Geld für die Kostenfreiheit bei der Kinderbetreuung allen Eltern auszahlen, und zwar nicht einkommensabhängig. Sie haben am Thema gänzlich vorbeigeredet.

Ich möchte Ihnen sagen: Das, was wir heute auf den Weg bringen, ist nur konsequent, und zwar konsequent im Hinblick auf das, was Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und von den GRÜNEN, in der letzten Legislaturperiode ständig angeprangert haben. Sie haben das Familiengeld – damals hieß es noch Betreuungsgeld – ständig als "Herdprämie" gegeißelt. Jetzt, wo Geld für die Kinderbetreuung gegeben wird, finden Sie schon wieder ein Haar in der Suppe.

(Klaus Adelt (SPD): Warten Sie ab, bis wir geredet haben!)

– Okay, Herr Kollege Adelt. Ich nehme das zur Kenntnis und freue mich auf die Zustimmung der Sozialdemokraten, die Sie angekündigt haben. Das ist sicher ein guter und richtiger Schritt in eine vernünftige politische Zukunft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Wir werden ihn daran messen!)

Zum Krippengeld kann ich nur sagen: Das ist eine sinnvolle und wichtige soziale Leistung. Wir als Koalition zeigen damit, wie wichtig uns die Familien sind. Wir reden nicht nur, wir handeln.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein wichtiges Thema, ebenso wie die Förderung der Familien. Herr Kollege Becher hat den fiskalischen Aspekt angesprochen. Ja, das ist eine Investition dafür, dass mehr Menschen nach Bayern kommen und dass Menschen, die in Bayern leben, gern in Bayern leben und das Land nicht verlassen. Damit werden Steuereinnahmen generiert. Diese Investition ist auch ein Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Neben dem gesellschaftlichen gibt es aber auch einen fiskalischen Aspekt, nämlich die Generierung von Einkommensteuer dadurch, dass beide Eltern erwerbstätig sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eines möchte ich hier betonen: Anders als in Berlin, wo zwischen der Ankündigung und der Umsetzung, wenn die Umsetzung überhaupt klappt, teilweise Jahre liegen, arbeitet diese Koalition nicht nur konfliktfrei und harmonisch, sondern insbesondere auch schnell. Frau Staatsministerin, deshalb ein Lob an Sie und Ihr Haus, dass dieser Gesetzentwurf so schnell und in dieser guten Form vorgelegt wurde. Wir werden am 1. Januar 2020 starten. Die Menschen draußen werden dann bewerten, was wir für die Familien tun. Ich denke, wir können da sehr optimistisch sein. Wir werden draußen die volle Zustimmung finden und werden auch hier in diesem Hause eine sehr deutliche Zustimmung erhalten, wenn auch nicht von allen

Fraktionen. Einige Nein-Stimmen können wir aber gut verschmerzen. Herzlichen Dank für die gute Vorlage. Unsere Fraktion wird ihr uneingeschränkt zustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner ist Herr Jan Schiffers von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Jan Schiffers (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Bürgerinnen und Bürger! Wir als AfD-Fraktion betrachten und bewerten familienpolitische Vorhaben, insbesondere Vorhaben, die den Teilbereich der Kinderbetreuung betreffen, vor allem unter Berücksichtigung von zwei Grundsätzen. Zum einen ist das der Grundsatz der Wahlfreiheit, zum anderen die verfassungsrechtliche Vorgabe aus Artikel 6 Absatz 2 Satz 1 unseres Grundgesetzes.

Zunächst zum Aspekt der Wahlfreiheit: Der Gesetzentwurf der Staatsregierung nimmt ja, wie die Regierungsfraktion insgesamt, für sich in Anspruch, die Wahlfreiheit zu gewährleisten. Bei genauerer Betrachtung des Gesetzentwurfs muss ich feststellen: Genau das Gegenteil wird erreicht. Ausweislich der Begründung des Gesetzentwurfs kann das Krippengeld auch bei Überschneidungen des Lebensalters bezogen werden, wenn bereits Familiengeld bezogen wird. Aus meiner Sicht handelt es sich hier um eine Doppelleistung und unter dem Strich um eine finanzielle Besserstellung der Familien, die sich für eine Fremdbetreuung entscheiden, bei gleichzeitiger finanzieller Abwertung der Familien, die ihre Kinder selber betreuen und erziehen möchten.

(Beifall bei der AfD)

Wahlfreiheit heißt gerade, dass beide Varianten der Betreuung gleichberechtigt nebeneinander stehen. Das ist für uns von der AfD unverhandelbar.

Zum weiteren Aspekt. In Artikel 6 Absatz 2 des Grundgesetzes – ich möchte ihn noch einmal zitieren, um ihn in Erinnerung zu rufen. – Dort heißt es: "Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht." In der Begründung des Gesetzentwurfs und im Gesetzestext selbst heißt es: "Das Krippengeld will beitragsbedingte Zugangshürden zur frühkindlichen ... Erziehung von Kleinkindern abbauen". Die Erziehung obliegt aber nach dem zitierten Artikel 6 zuvörderst den Eltern. Ich musste mit den Ohren schlackern, als ich das gelesen habe, weil das nicht zur bisherigen Linie der CSU passt.

(Beifall bei der AfD)

Nun soll also die Erziehung mit staatlicher Subventionierung zu den Krippen verlagert werden, seien es staatliche Einrichtungen, karitative Einrichtungen oder private Einrichtungen. Wir sehen das verfassungsrechtlich kritisch und werden den Gesetzentwurf weiterhin skeptisch begleiten.

Abschließend noch eine Anmerkung zu der Begründung, dass das Krippengeld erforderlich sei, um den Rechtsanspruch aus § 24 Absatz 2 SGB VIII zu stärken. Wir haben in Deutschland einen Rechtsanspruch auf die Betreuung in einer Krippe. Allerdings irrt die Staatsregierung aus meiner Sicht, wenn sie sagt, dass dieser Anspruch davon abhängig sein soll, ob eine Subventionierung der Beiträge erfolgt oder nicht. Der Rechtsanspruch wird doch dann mit Leben gefüllt, wenn zum einen eine ausreichende Zahl von Kindertagesstätten und Krippen zur Verfügung steht und zum anderen ausreichend Fachpersonal vorhanden ist. Eine Subventionierung der Beiträge hat mit der Erfüllung dieses Anspruches nichts zu tun.

Aus den genannten Gründen sehen wir diesen Gesetzentwurf äußerst kritisch und werden dementsprechend den weiteren Verlauf der Beratungen kritisch begleiten. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächste Rednerin: Frau Abgeordnete Doris Rauscher von der SPD-Fraktion. Bitte.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Ministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Pohl, wir von der SPD begrüßen es durchaus, dass sich die Staatsregierung zumindest auf den Weg machen möchte, Eltern bei den Krippengebühren zu entlasten. Aber aus unserer Sicht sieht eine echte Entlastung anders aus. Ihr Gesetzentwurf bringt weder die von den FREIEN WÄHLERN versprochene kostenfreie Kita, noch ist er der große Wurf für die Familien. Der Berg kreißte und gebar eine Maus.

Sie wollen Familien mit kleinem oder mittlerem Einkommen entlasten. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf erreichen Sie nicht einmal dieses Ziel. Im Gegenteil, Ihr großes Wohlwollen für alle Familien, die sich auf Ihre Zusagen verlassen haben, erweist sich als Mogelpackung. Eine Entlastung für alle Familien mit niedrigem oder mittlerem Einkommen kann es bei einer Einkommensgrenze von 60.000 Euro nicht geben.

Viele werden leer ausgehen, weil sie als Paar mit zwei berufstätigen Elternteilen die Grenze schnell erreichen und sprengen. Nehmen wir als Beispiel einen Krankenpfleger und eine Teilzeiterzieherin. Schwupp, keine Zuschüsse. Sie liegen ganz schnell drüber. Beide sind keine Großverdiener. Dass es überhaupt eine Einkommensprüfung beim Zuschuss für den Krippenbesuch gibt, verwundert uns ebenfalls; denn gleichzeitig wird der Zuschuss für den Kindergartenbesuch an alle Eltern, unabhängig vom Gehalt, ausbezahlt. Warum machen Sie einen Unterschied zwischen Krippeneltern und Kindergarteneltern?

Für uns von der SPD ist klar: Bildungsangebote in Kitas und ebenso in der Tagespflege müssen für die Eltern genauso kostenfrei sein wie der Besuch einer Grundschule oder weiterführender Bildungsangebote.

(Beifall bei der SPD)

Wieso wurden die Studiengebühren abgeschafft, wenn gleichzeitig beim kostenfreien Zugang für die frühkindliche Bildung so geknausert wird? Wieso misst die Bayerische Staatsregierung mit so unterschiedlichem Maß? – Wir sind davon überzeugt, dass man Kindern gerade in den ersten Lebensjahren höchste Qualität, gemessen an wissenschaftlichen Erkenntnissen, angedeihen lassen muss. Dieses Thema fällt bei der Staatsregierung schon wieder unter den Tisch. Das ist die zweite Änderung des Bay-KiBiG in diesem Jahr. Doch leider hat die Qualitätsentwicklung der Kitas davon wieder nichts abbekommen, und die Rahmenbedingungen für das Kita-Personal wurden wieder nicht verbessert. Eltern und ihre Kinder brauchen beides: echt gute Qualität und einen Kita-Zugang ohne Zugangshürden für alle Kinder.

(Beifall bei der SPD)

Kinder haben das Recht auf Bildung. Der gewichtigste Grund dafür ist die Chancengleichheit. Die kostenfreie Kita sollte also eine Selbstverständlichkeit sein. Das wäre eine echte Entlastung für Familien.

Unseren beiden Forderungen wird der Gesetzentwurf der Staatsregierung nicht gerecht: weder dem hürdenfreien Zugang noch vor allem der Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Kinder, der Arbeitsbedingungen für das pädagogische Fachpersonal. Außerdem braucht man sich nicht zu wundern, dass wir bei diesem Gehalt in diesem wichtigen Beruf kein Betreuungspersonal finden.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen also eine Personaloffensive.

Kolleginnen und Kollegen, das Ergebnis ist, dass die Staatsregierung mehr Geld ins System stecken muss. Herr Ministerpräsident, auch wenn Sie jetzt nicht mehr da sind, das wäre wirklich innovativ und eine der besten Investitionen in die Zukunft. Seien Sie bitte für die Jüngsten in der Gesellschaft genauso leidenschaftlich unterwegs, wie Sie

es heute Vormittag bei Ihrer Hightech-Agenda waren. Schluss mit Kompromissen, denn Bayern spielt in diesem Bereich nur im Mittelfeld.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächste Rednerin darf ich Julika Sandt von der FDP-Fraktion aufrufen.

Julika Sandt (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Ministerin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Beitragszuschuss für die Kindergärten ist seit einigen Monaten erprobt. Das Ergebnis ist blankes Chaos. Das hat auch die Anfrage ergeben, die wir an die Staatsregierung gestellt haben: Fehler über Fehler. – Anstatt jetzt zu sagen: Okay, wir haben aus den Fehlern gelernt und versuchen, uns zu verbessern und die Fehler auszuräumen, nehmen Sie dieses Gesetz als Blaupause für das Krippengeld.

Ich möchte Ihnen jetzt einmal die Fehlerliste vortragen. Erster Fehler: Die Entlastung kommt nicht an. Ganz viele Kindergärten haben, bevor der Beitragszuschuss kam, die Beiträge schnell noch angehoben. Das heißt, der Beitragszuschuss kommt bei den Familien nicht an. Das heißt, den Familien wurde etwas versprochen, und jetzt schauen sie in die Röhre.

Zweiter Fehler: Es gibt eine große Ungerechtigkeit. Es gibt zum Beispiel in München Einrichtungen, in denen der Kindergarten an sich kostenfrei sein sollte. In vielen Einrichtungen, zum Beispiel in privaten Kitas, sind Kinder von Familien, die in der kommunalen Kita einfach keinen Platz gekriegt haben. Viele dieser Familien müssen für die private Kita sowieso wahnsinnig viel bezahlen und können sich das vielleicht kaum leisten. Vielleicht denken sie schon darüber nach, ihren Beruf an den Nagel zu hängen. Diese Familien bekommen trotz der hohen Qualität überhaupt keine Entlastung. Das geht nicht.

Dritter Fehler: die Angst vor der Staatsanwaltschaft. In mehreren Kitas war jetzt die Staatsanwaltschaft, weil bei den kostenfreien Kitas diese Kostenfreiheit völlig unabhängig von den Buchungszeiten ist. Das erzeugt Mitnahmeeffekte. Das heißt, dass die Eltern einfach mal den ganzen Tag buchen, obwohl sie diese Betreuung gar nicht brauchen. Dann heißt es aber, das sei Subventionsbetrug. Das hat schon zu einigen Klagen und zu hohen Nachzahlungen geführt.

Der dritte Fehler hat auch mit dem vierten Fehler zu tun. Die Kitas, die diese Mitnahmeeffekte verhindern wollen, haben zwei Möglichkeiten. Eine davon sind noch starrere Buchungszeiten. Das mag in dem Denken, in dem einige CSUler vielleicht noch leben, zeitgemäß erscheinen. In der Realität geht es an der Lebenswirklichkeit und an den Bedürfnissen der Familien heutzutage komplett vorbei. Wir brauchen flexiblere Öffnungszeiten.

(Beifall bei der FDP – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Fünfter Fehler: Wer sich nicht dem Verdacht des Subventionsbetrugs aussetzen möchte, muss extrem viel dokumentieren. Das bedeutet wiederum, dass Dokumentationspflichten entstanden sind, die letztlich zu mehr Bürokratie in den Einrichtungen führen. Die Zeit für die Dokumentation fehlt am Ende für die Betreuung der Kinder. Letztlich gehen diese Dokumentationspflichten zulasten der frühkindlichen Bildung.

Sechster Fehler: Die Entlastung ist nicht nachhaltig finanziert. Sie wird zum größten Teil aus dem sogenannten Gute-KiTa-Gesetz finanziert. Aber diese Mittel laufen 2022 aus. Was danach ist, weiß kein Mensch. Das Ganze ist konzeptlos.

Sie übernehmen das jetzt für das Krippengesetz und machen dazu noch neue Fehler, zum Beispiel die Einkommensobergrenze von 60.000 Euro. Das bedeutet bei einem Doppelverdienerhaushalt, dass die Eltern jeweils maximal 2.500 Euro pro Monat verdienen dürfen. So wird frühkindliche Bildung nicht kostenfrei.

Noch schlimmer: Wenn ein Elternteil eine Gehaltserhöhung bekommt und die Eltern dadurch über die Grenze, die für das Krippengeld relevant ist, kommen, bestrafen Sie die Eltern eventuell sogar noch, weil am Ende des Monats weniger im Geldbeutel übrig bleibt. Das ist aufstiegsfeindlich und schlecht für die Chancen, die wir den Menschen geben wollen.

Zudem muss die Entlastung schriftlich beantragt werden. Das führt zu neuen Anträgen, einzureichenden Unterlagen und weiteren Behördengängen. Damit belasten Sie die Familien. Wir fordern ein Gesamtkonzept statt Dilettantismus. Die Priorität muss auf der Qualität liegen. Das ist hier nicht der Fall. Das Ganze muss auch langfristig finanziert werden, bei den Familien ankommen und unbürokratisch sein. Außerdem brauchen die Kitas Rechtssicherheit. – Wenn wir das schaffen, können wir gerne gemeinsam über ein wirklich super gutes Kita-Gesetz sprechen.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe den fraktionslosen Abgeordneten Raimund Swoboda auf.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, verehrte Gäste auf der Tribüne! Wir erleben heute wieder so ein Beispiel bayerischer Dukatenpolitik von CSU und FREIEN WÄHLERN im Verbund mit der Staatsregierung. Warum sage ich das? – Die mutmaßlichen Kosten von 100 Millionen sind längst in den Haushalt eingestellt. Diese Gesetzeslesung ist eine reine Formsache. Wir werden es erleben, dass das Gesetz so aus dem Landtag hinausgeht, wie es hereingekommen ist.

Diese Schenkungsaktion läuft tatsächlich schon seit April. Denn das Geld wird nicht aus dem bayerischen Staatshaushalt bezahlt, sondern kommt von den 5,5 Milliarden des Bund-Länder-Vertrages bezüglich des Gute-KiTa-Gesetzes. Wir Bayern bekommen da 860 Millionen.

An dem Gesetz kritisiere ich, dass es ein Monsterbürokratiegesetz der Staatsregierung ist. Werfen auch Sie, liebe Gäste oben auf der Tribüne, mal einen Blick hinein. Sie werden sehen, dass da keiner mehr durchblickt. Da blicken als sogenannte Experten nur noch Vollbürokraten durch. Seit 2005 läuft in den Kindertagesstätten eine unglaubliche Bürokratie.

Dieses neue Krippenkopfgeld ist also bürokratischer Humbug, zumal, wie schon erwähnt wurde, die eigentlich Bedürftigen dieses Geld längst bekommen. Sie bekommen auch Kindergartengeld und einen Essenzuschuss. Sie haben also von diesen 100 Euro Zuschuss nichts. Dieser Zuschuss wird nämlich nicht an die Eltern, sondern über die Jugendämter an die Einrichtungen bezahlt.

Frau Ministerin, nun wäre es natürlich gut gewesen, wenn auch die nicht so gut Verdienenden, die Sie erwähnt haben, in den Genuss dieses Füllhorns kämen. Das sind die vom Gute-KiTa-Gesetz Vergessenen, die Prekär- und Geringverdiener oder die Alleinerziehenden. Zu dieser Klientel kommen dann die sogenannten Durchschnittsverdiener hinzu, die ein Familieneinkommen von bis zu 60.000 Euro haben.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Das ist Ihr Wählerpotenzial. Das ist das eigentliche Geschenk, das Sie machen.

Zum Schluss noch ein Hinweis: Besser wäre es gewesen, wenn Sie die Kleinkinder bei den Müttern gelassen hätten. Denn diese erleiden, erfolgt der Trennungsprozess zu früh, einen sogenannten innerseelischen Schock. Das sagt die Wissenschaft. Diesen Schock sollten Sie den Kleinkindern ersparen. Fördern Sie die Familien, fördern Sie die Mütter, damit diese die Kinder während der ersten drei Jahre zu Hause erziehen können.

(Unruhe)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich Frau Staatsministerin Schreyer aufrufe, darf ich Sie bitten, die notwendige Ruhe zu bewahren. Das gilt auch für meinen geschätzten Kollegen Robert Brannekämper.

(Unruhe – Zuruf des Abgeordneten Robert Brannekämper (CSU))

– Geht halt raus, wenn es etwas Dringendes gibt. – Jetzt hat die Frau Staatsministerin das Wort. Bitte.

Staatsministerin Kerstin Schreyer (Familie, Arbeit und Soziales): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Da waren jetzt doch ein paar Wortbeiträge dabei, die ich spannend finde.

Herr Swoboda, ich kann Ihnen nur sagen, dass es zu den Studien, mit denen Sie belegen wollen, dass die Kinder irgendwelche Schäden bekommen, wenn sie in eine Krippe gehen, genauso viele Gegenstudien gibt. Ich mache Politik für Menschen und für Familien. Das bedeutet, dass wir als Koalition der Auffassung sind, dass Wahlfreiheit bestehen soll. Jeder hat das Recht, selbst zu entscheiden, wie er seine Familiensituation organisiert, ob mit Krippe oder ohne. Das ist einfach die Aufgabe eines jeden Einzelnen.

Sie haben netterweise die Bürokratie angesprochen. Der Antrag besteht aus zwei Seiten. Wenn man zwei Seiten ausfüllen muss, damit man Geld bekommt, ist das im Rahmen dessen, was machbar ist.

Frau Kollegin Rauscher hat gesagt, wir würden zu wenig Geld investieren. Wir investieren 2,2 Milliarden Euro in den gesamten Bereich Kita. Ich glaube, das ist eine Summe, mit der man ganz vernünftig arbeiten kann. Mir wird es immer zu wenig sein. Das steht in meiner Arbeitsplatzbeschreibung. Ich glaube jedoch, mit 2,2 Milliarden Euro können wir etwas Vernünftiges machen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Frau Rauscher, von der SPD werde ich entweder deswegen beschimpft, weil ich nicht genügend Geld in die Qualität der Kitas investiere, oder weil ich keine komplette Beitragsfreiheit anbiete. Will ich beides umsetzen, wie wir es gerade machen, ist Ihnen das auch wieder nicht recht. Sie müssen sich schon entscheiden, was falsch ist. Ich mache nämlich beides, und beides ist gut. Insofern bin ich sehr froh, dass die beiden Koalitionsfraktionen dem auch Rechnung tragen. Wir investieren sowohl in die Qualität als auch in die Kostenfreiheit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Gehälterfrage haben Sie zu Recht angesprochen. Deswegen habe ich ein "Bündnis für frühkindliche Bildung" gegründet. In dem Bündnis sitzen sowohl die Arbeitgeber- als auch die Arbeitnehmerseite. Wie Sie wissen, entscheiden allein die Tarifparteien darüber, wie Erzieherinnen und Erzieher bezahlt werden. Für die Arbeitgeberseite war die Stadt München eingeladen. In der ersten Runde hat die Stadt München gesagt, dass sie es unsinnig finde, bei mir anzutreten. Offensichtlich war es der Stadt kein Bedürfnis, darüber zu reden. Ich habe der Stadt nachtelefoniert und konnte sie dazu bewegen, sich jetzt auch mit an den Tisch zu setzen. Vielleicht sprechen Sie noch einmal mit Ihren eigenen Leuten. Die Gehälterfrage ist mir wirklich sehr wichtig. Wir müssen an die Tarifpartner ran; denn wenn wir die Gehälterfrage nicht lösen, brauchen wir uns auch nicht darüber zu wundern, wenn sich der eine oder die andere gegen den Beruf entscheidet.

Ein Punkt ist spannend: In den letzten zehn Jahren haben wir die Anzahl der Fachkräfte auf dem Markt verdoppelt. Ebenso haben wir fast die Anzahl derjenigen verdoppelt, die diese Ausbildung machen. Insofern bitte ich Sie, zu beachten, dass der Freistaat seine Hausaufgaben sehr gut gemacht hat. Meine Vorgängerinnen haben das hervorragend auf den Weg gebracht. Mit einer Verdoppelung kann man an dieser Stelle sehr gut leben.

Herr Becher, Sie haben mich angegriffen, weil ich mit einer Influencerin arbeiten möchte. Sie haben völlig recht, ich möchte mit einer Influencerin arbeiten. Junge Menschen zwischen 15 und 18 Jahren haben völlig andere Zugänge zu Informationen als meine Altersgruppe. Es geht nicht darum, ob mir das gefällt. Es muss diejenigen erreichen, um die es geht. Würde ich nicht mit einer Influencerin arbeiten, würden Sie mir genau das vorwerfen und sagen: Sie hat nicht verstanden, dass die Altersgruppe 15 bis 18 erreicht werden muss. – Sie müssen sich irgendwann entscheiden. Immer nur dagegen zu sein, ist auch schwierig.

Letzte Woche habe ich einen Kita-Kongress "Kita 2050" durchgeführt. Es ging darum, vorausschauend zu überlegen, was die Kinder der nächsten Generation benötigen, um unsere Politik genau darauf abzustellen. Wir müssen auf der einen Seite aktuelle Probleme lösen, aber gleichzeitig auch an die Zukunft denken. Als ich den Kongress durchgeführt habe, haben Sie im Rahmen einer Pressemitteilung geäußert, ich solle jetzt nicht so weit in die Zukunft denken, sondern mich um das Aktuelle kümmern. An dieser Stelle müssen wir auch einmal ehrlich sein: Wir kümmern uns um das Aktuelle. Wir fördern die Qualität, die Beitragsfreiheit und den Ausbau, damit wirklich alles geht. Ich finde, wir dürfen auch einmal über eine Legislaturperiode hinaus in die Zukunft denken. Aber auch das war Ihnen an dieser Stelle nicht genehm.

Sie verwechseln auch ein paar Gesetze. Das Gute-KiTa-Gesetz bringt uns 860 Millionen Euro. Wir werden in einen Leitungs- und Verwaltungsbonus investieren, weil wir der Auffassung sind, dass die Kita entlastet gehört. Das muss in der Leitung und in der Verwaltung passieren. Wir werden Tagesmütter als Ergänzungskräfte einstellen. Wir werden über die Beitragszuschüsse versuchen, an dieser Stelle zu entlasten. Wir machen also beides, sowohl – als auch. Deswegen geht der Angriff auch ins Leere. Wir investieren sowohl in die Qualität als auch in die Reduzierung der Beiträge.

Insofern kann ich nur sagen: Wir machen Familienpolitik aus einem Guss. Wir entlasten die Eltern. Wir versuchen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherzustellen. Wir denken vom Kind her und investieren in die Qualität. Insofern verstehe ich Sie

auch, dass Sie immer erst einmal dagegen sind – egal, was ich mache. Wir machen alles, und wir decken alles ab. Ich glaube, für Sie ist es bitter, wenn eine Familienkoalition das Thema Familie als oberstes Steckenpferd präsentiert und alle Bereiche berücksichtigt und abdeckt. Für die GRÜNEN bleibt nicht mehr viel übrig, als immer gegen das zu sein, was gerade auf der Tagesordnung steht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Frau Staatsministerin, bitte bleiben Sie am Rednerpult. – Herr Abgeordneter Becher hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön.

Johannes Becher (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Staatsministerin, ich habe einen klaren Vorschlag gemacht, wie wir sofort 100 Millionen Euro in die Qualität investieren könnten. Vielleicht haben Sie diesen Vorschlag überhört. Ich glaube jedoch, das war sehr deutlich.

Ich war bei dem Fachtag "Kindertagesstätte 2050". Ich war auch am Nachmittag dort und habe an den Workshops teilgenommen. Ich konnte mir dort durchaus von Trägern und Erzieherinnen und Erziehern die Probleme der Kita 2019 anhören. Es ist richtig, man kann einmal in die Zukunft schauen. Aber 31 Jahre gehen schon sehr weit in die Zukunft. Man muss auch die Hausaufgaben von heute machen.

Ein letzter Punkt: Sie haben zutreffend formuliert, dass sich die Ausbildungsplätze in den letzten Jahren verdoppelt haben. Problematisch ist, dass sich der Bedarf vervielfacht hat. Der Fachkräftemangel ist existent. Heute müssen wir schauen, wie wir die Zahl der Ausbildungsplätze massiv steigern können. Ansonsten können wir die Rechtsansprüche in der Praxis auf der kommunalen Ebene nicht mehr umsetzen. Dieses Thema ist gefragt. An dieser Stelle ist mir tatsächlich eine Influencerin zu wenig. Ich fordere eine vergütete Ausbildung ab dem ersten Tag. Dann wären wir konkurrenzfähig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsministerin Kerstin Schreyer (Familie, Arbeit und Soziales): Herr Kollege Becher, sicherlich werden Sie sich schon einmal die Herzwerker-Kampagne angeschaut haben, die seit vielen Jahren sehr gut läuft. Der Zulauf an Fachkräften in den Sozialbereich ist hoch. Der Haken an der Sache ist die Vergütung. Solange wir mit der Vergütung nicht weiterkommen, wird sich das nicht ändern. Eigentlich darf ich wegen der Tarifautonomie nichts dazu sagen. Wer mich kennt, weiß, dass ich trotzdem etwas dazu sage. Wenn wir an dieser Stelle nicht weiterkommen, können wir noch so viele Sachen machen, die Leute werden trotzdem irgendwann aussteigen. Insofern gehe ich davon aus, dass Sie in Ihrer heutigen Pressemitteilung begrüßen werden, dass ich das "Bündnis für frühkindliche Bildung" gegründet habe, damit wir an dieser Stelle ein großes Stück weiterkommen. Sie möchten gerne 100 Millionen Euro. Ich nehme lieber 400 Millionen Euro aus dem Bundesgesetz, damit wir 400 Millionen Euro in die Qualität und in die Kostenfreiheit investieren können. Mir sind 100 Millionen Euro zu wenig. Ich nehme lieber die 400 Millionen Euro.

Sie können sicher sein, dass die Frau Staatssekretärin und ich jeden Tag draußen sind und die Kita 2019 kennen. Wir justieren und helfen überall nach, wo wir können. Das wissen die Fachkräfte auch. Ich sage Ihnen aber auch, dass das zwei Prozesse sind, die nebeneinander laufen. Ich kann in die Zukunft schauen und mich um das Aktuelle kümmern. Mir ist es jedoch zu wenig, immer nur in Legislaturperioden zu denken. Ich möchte auch in die Zukunft denken. Ob es das Jahr 2050, 2030 oder 2025 gewesen wäre – Sie hätten es immer falsch gefunden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie als fe-

derführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht hiermit Einverständnis? – Ich sehe keine Gegenstimmen. Damit ist das so beschlossen.